

In den Beiträgen a) [“Wie aus „Wir sind das Volk“ „Wir sind ein Volk“ gemacht wurde, kam bei den gestrigen Feiern zur deutschen Einheit nicht vor.”](#) und b) [“Der MDR und die NachDenkSeiten beschreiben nahezu deckungsgleich, wie wir und vor allem die Menschen in der DDR 1989/1990 manipuliert worden sind.”](#) werden die Ereignisse der Jahre 1989/1990 und ihre Darstellung in den Medien beschrieben. Nachfolgend einige der Zuschriften zu diesem Thema, auch von NachDenkSeiten-Lesern, die damals hautnah dabei waren, und ihre Sicht der Dinge hier schildern. Zusammengestellt von **Moritz Müller**.

1. Leserbrief

Liebe NachDenkSeiten!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre aufmerksame, sorgfältige und kritische Begleitung der öffentlichen und medialen Jubelorgien, die dieser Tage das 30jährige Gedenken an die „Wende“ in der DDR orchestrieren.

Ihre Warnung vor komplett verblendeten Darstellungen in Geschichtsbüchern ist mehr als berechtigt. Vor allem, wenn man sieht, daß Historikern oft „Dokumenten“ wie z.B. Stasi-Akten und Medienberichten mehr Vertrauen schenken als Zeitzeug-/innen.

Umso wichtiger ist es, eine authentische Erinnerungskultur zu pflegen und zu bewahren. (Das gilt nicht nur für diesen Punkt, sondern für viele Erscheinungen, deren Zeugen wir in den letzten Jahrzehnten geworden sind: Den reaktionären bzw. neoliberal-imperialistischen Rollback des Westens, die offensiv-aggressive neue NATO-Doktrin, 9/11 und den „arabischen Frühling“ sowie den Zusammenbruch der Demokratie in den USA seit G.W.Bush.)

Vielleicht schaffe ich es noch, einige eigene Erinnerungen zusammenfassend zu Papier zu bringen.

Heute nur einige kleine Splitter:

1. **Das penetrante Abfeiern der Prager Genscher-Rede bzw. der Ausreisegenehmigung für die Botschaftsflüchtlinge.**

Die Republikflüchtlinge werden heute teilweise als „Freiheitskämpfer“ und „Helden“ stilisiert – eine völlige Albernheit. Vor allem im Verhältnis zur „Wir bleiben hier! Wir sind das Volk!“-Bewegung innerhalb der DDR.

Dazu darf ich Sie auf dieses Streitgespräch verweisen: deutschlandfunk.de/ilko-sascha-kowalczuk-vs-detlef-pollack-hat-die-ddr.2927.de.html?dram:article_id=458237

Kowalczuk, der heuer als Leib- und Magenhistoriker der Wende-Betrachtung herumgereicht wird, ist in der Frage eindeutig im Irrtum.

Für die SED- und DDR-Führung stellte sich die Frage nach irgendeinem Handlungsbedarf erst, als die normalen Leute und die eigenen Kader anfangen, „Wir bleiben hier!“ zu skandieren.

Damit brachten sie zum Ausdruck, daß die Mißstände, die zur Ausreisewelle führten, tatsächlich ein Ausmaß angenommen hatten, das man nicht mehr einfach unter den Tisch kehren konnte – erst recht nicht, wenn man dem Sozialismus noch irgend etwas zutrauen sollte.

Die Bedeutung der „Oppositionsgruppen“ wird vielfach überbewertet. Zum einen waren sie relativ überschaubar und von den Sicherheitsorganen leicht zu kontrollieren. Wahrscheinlich sogar unterwandert, wie sich dann in der Wendezeit vielfach herausstellte (W.Schnur, I.Böhme...).

Sie waren sogar ein Ausweis dessen, daß die DDR durchaus eine gewisse kritische Strömung tolerierte, solange sie sich in akademischen oder obstrusen Zirkeln bewegte, die keinen Einfluß auf die Strukturen der „Arbeitermacht“ ausübten

(Bereiche Sicherheit und Landesverteidigung, Volksbildung usw.). Das ist heute nicht anders: Die „Oppositionsgruppen“ verschwanden nach dem 18.03. endgültig, als es nicht mehr um Diskurs, sondern um Machtkontrolle ging und die West-Parteien das Ruder übernahmen.

Auch heute vegetieren wirklich aufklärerische Bewegungen (wie die NDS und ihre Leserschaft) in als obskur verunglimpften „alternativen“ Winkeln herum und werden vom Mainstream angefeindet, während gewisse „Protestbewegungen“ plötzlich wie Phoenix aus der Asche mit Geld, Slogans, Organisation und Logos weltweit agieren.

Zugleich diente die DDR-„Opposition“ (die teilweise sehr schwierige Persönlichkeiten versammelte) als „Schaufenster“ einer pseudoliberalen Diskurskultur Richtung Westen; die Fenster waren ja nie wirklich geschlossen (auch das wird heute immer anders kolportiert).

Man muß auch bedenken, daß „Opposition“ teilweise als Weg begriffen wurde,

schlicht in den Westen zu kommen – statt wirklich vor Ort etwas bessern zu wollen.

Hier spielt im offiziellen Gedenkkult bzw. der Geschichtsschreibung natürlich nur die reaktionäre West-Sicht mit der Hallstein-Doktrin eine Rolle, der gemäß die DDR eh nie eine Existenzberechtigung hatte, und der Sozialismus schon gar nicht.

Auch Genscher selbst wird falsch dargestellt, wenn ihm die Aura eines Mose angehängt wird, der die Seinen durch die Wogen des tosenden Roten Meeres (sic!) in „die Freiheit“ geführt hätte.

Das Auswärtige Amt hat vielmehr mit den offiziellen Stellen verhandelt, und die Genehmigung zur Ständigen Ausreise kam schließlich von der DDR.

2. **Der 04./07./09.Oktober**

In der Chronologie der Ereignisse ist es zwar richtig zu betonen, daß die Gesamtsituation ab August (oder schon seit der ungarischen Grenzöffnung) zunehmend spannungsvoll und quasi unerträglich wurde.

Die SED agierte hilflos, ignorant und panisch; sie verblieb in ihren selbstgesteckten, selbstgerechten Paradigmen; sie verlor die Kontrolle und goß immer mehr Öl ins Feuer. Als sie (ab dem 14.10.) reagierte, war es zu spät.

Insbesondere das Verhältnis zur UdSSR war in diesen Tagen angesichts der Herausforderungen zu komplex geworden, als noch vorhersehbare realpolitische Voraussagen darauf gründen zu können.

Dazu empfehle ich die jüngst erschienenen Erinnerungen von Egon Krenz: „Wir und die Russen“.

Aber zu behaupten, ab September gingen die Leute bei Montagsdemos auf die Straße, um „Demokratie und Freiheit“ zu fordern, das ist so dumm wie falsch.

Es gab kleine öffentliche Bewegungen – etwa die winzigen Alex-Demos in Berlin mit dem Thema „Kommunalwahl 08.05.“, ab September auch die Friedensgebete mit anschl. Umzügen etwa in Leipzig und vor allem in Plauen.

Thema hier: Der Reformbedarf innerhalb der DDR!

Am 04.10. durchquerten (Auf wessen Veranlassung?) die Ausreisezüge das Territorium

der DDR; am Abend kam es in Dresden zu (beiderseitigen) Ausschreitungen zwischen ausreisewilligen Demonstranten und den Sicherheitskräften.

Die Proteste am 07.10. thematisierten vor allen Dingen die Solidarität mit den Inhaftierten des 04.10.!

Mit Spannung erwartete Jede-/r in der DDR den Abend des 09.10.: Friedensgebet in Leipzig mit zu erwartender Demo; die Weltöffentlichkeit nach „40 Jahre DDR“ wieder abgereist; erwartet wurden extreme Repressionen.

Thematisiert wurde – etwa an der Gethsemanekirche in Prenzlauer Berg – wiederum die Solidarität mit den Inhaftierten des 04. (und jetzt des 07.)10.

Das schaukelte sich also quasi auf: Je mehr Druck die SED dagegensetzte, umso mehr Kerzen leuchteten in den Fenstern, umso mehr Menschen fanden sich in den Kirchen ein und umso lauter wurde der Ruf „Keine Gewalt!“.

Übrigens nicht nur bei „Dissidenten“, Fundamental-Oppositionellen oder West-Agenten, sondern gerade bei der normalen Bevölkerung bis hinein in die sozialen Organisationen!

Das war der entscheidende Punkt: Die SED mußte merken, daß sie die Unterstützung der Bevölkerung für ihren Kurs verloren hatte. Und das mit „Kerzen anzünden“.

(Die reaktionäre West-Geschichtsschreibung lügt an diesem Punkt ja immer, daß es eine solche nie gegeben hätte; daß fast alle 17 Millionen DDR-Bürger/-innen nur eingesperrte Leute unter der gewaltsamen Knute einer üblen Diktatur gewesen wären.)

Bei all dem ging es (bis Mitte November) nie um „Demokratie und Freiheit“ oder darum, die Existenz der DDR infrage zu stellen, sondern es ging um den Umgang mit der Krisensituation 1988/89 unter den Stichworten „Perestroika“, Transparenz, Authentizität, Machtmißbrauch, Mißwirtschaft, Umweltkrise, Rüstungskrise usw.

3. War das Geschehen 1989/90 in der DDR eine „Revolution“?

[Text vom 27.09.] Seit wann ist die „Wende“ in der DDR, die zur deutschen Einheit führte, eigentlich eine „Revolution“? Die 2019 immer offizieller gewordene Sprachregelung führt vollkommen in die Irre. Man muß nicht den Krenz-Sprech von „Wende“ übernehmen, um die Ereignisse historisch und soziologisch korrekt zu

bezeichnen, aber "REVOLUTION" geht ja nun deutlich anders!

Ja: Es gab eine Massenbewegung; ja, es gab Formen des Protests und der (dialogischen) Auseinandersetzung mit dem Regime. Aber es gab keinen Machtwechsel und keinen Generalstreik (es sei denn, das Weglaufen von Zuhause und vom Arbeitsplatz gilt dafür)! Es gab keine Übernahmen von Staats- oder Medienapparaten, von Wirtschaftsunternehmen oder von politischen Netzwerken! Bis zur durch das Ausland – die BRD – massivst korrumpierten (was den WP- und NYT-Nachplapperern ja heute als so schrecklich gilt) Volkskammer-Wahl am 18.03. saß die SED fest in den Sesseln der Macht – und das auf allen Ebenen. Bürgerkomitees haben zwar zum großen Teil die Staatssicherheit aufgemischt und z.B. die Akten sichergestellt, nachdem Anfang Januar die Modrow-Pläne zur Umstrukturierung und Revitalisierung als NaSi bekanntgeworden waren. Währenddessen hatten die Allermeisten keine "Revolution" und deren Vollendung im Sinn, sondern wie sie schnellstmöglich an Westknete und an eine West-Zukunft kommen.

Aber die Rathäuser, Kreis- und Bezirksverwaltungen, die Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Ökonomie, des Außenhandels, des Nah- und Fernverkehrs, des Zivilschutzes, der Sicherheitsorgane, Presse, Rundfunk und DFF blieben fest in Händen des Regimes! Und alle waren froh drüber, daß jemand den blöden ollen Kram, die Grundlagen eines halbwegs geordneten öffentlichen Lebens irgendwie aufrechtzuerhalten, überhaupt machte! Und zwar bis zum Tag der Währungsunion, als die innere Betriebsstruktur plötzlich nicht mehr durch die (jetzt demokratischen) Staatsorgane gewährleistet, sondern einer wildwestartigen Selbstauflösung überlassen wurden. Und jeder nur noch zusah, wie er sich unter die Fittiche eines potenten West-Partners rettet – siehe Regionalzeitungen, siehe Staatsbank! Vor allem im Einzelhandel ließ sich das sehr gut miterleben; die innere Struktur der neuen Bundesländer wurde auch nicht erst zu Treuhand-Zeiten unreparabel demoliert, sondern in diesen rechtsfreien Monaten der D-Mark-Herrschaft!

Übrigens wurde die Regierung Modrow, die heute mythifizierend oft als Wegbereiterin des "Dialogs", der Runden Tische, der freien Wahlen, des Gesprächs mit dem Westen Richtung 2+4, der Legalisierung von Bürgerbewegungen und neuer Parteien gepriesen wird, von dem Verantwortlichen für die barbarischen Zwischenfälle am 04.10. in Dresden geleitet – einem Menschenrechtsverletzer, der – wie so viele – im Abklingbecken "Europa" eine politische Karriere fortsetzen konnte; der aus der anderen Sicht auf der ZK-Tagung am 03.12. gegen die Regierung geputscht und – wie schon mit seinem Handeln vom 04.10. (das die Massenproteste erst anstachelte) – zum Ende der DDR beigetragen hatte.

War dieser Modrow-Putsch nun eine "Revolution"? Oder die Wahl am 18.03.?

Waren wir nicht immer stolz, eine kurzlebige Demokratie auf deutschem Boden gewaltfrei und – letztlich eben doch – im Dialog, OHNE revolutionäre oder konterrevolutionäre Erscheinungen wie Gewalt und Blutvergießen errichtet zu haben, nur mit Rückgrat und „aufrechtem Gang“, wie es damals hieß? Bewegten sich die Volksvertretungen und Regierungen der DDR (und ab März der Länder) zwischen Okt.89 und Okt.90 nicht auf dem Boden der Verfassung, wenn auch in ihrer jeweiligen Lesart und Ausprägung? Eine "legale" Revolution – das wäre die erste ihrer Art auf Erden gewesen – und natürlich deutsch.

Waren subversive und ab November dann "freiheitliche" Akte etwa revolutionär – wie das Singen der DDR-Hymne, das Hören von West-Radio, "Helmut, Helmut"-Rufe, basisdemokratische Selbstermächtigungen in Ortsgruppen der DSF und des Kulturbunds (Oh, was haben wir uns damals an Satzungen heißgeschrieben!) oder die für ein paar Monate geduldete Herausgabe selbstgemachter alternativer Blättchen, die sehr schnell von den großen West-Verlagspanzern geplättet wurden? Gab es eine "ökonomische" Revolution, weil durch Ausreisen und Kurztrips nach dem Westen Produktion, Dienstleistungen und Versorgung temporär zum Erliegen kamen? War das Verscherbeln der DDR durch Gorbatschow eine "Revolution"? Und wie war es mit der massenhaften Aneignung fremden (zumeist Volks-, genossenschaftlichen, kommunalen oder sonst Gemein-)Eigentums – zuerst (nach der Ausreisewelle) vielleicht noch wild; nach der Währungsunion vielleicht noch wilder (da gab es z.B. wilde, selbstgemachte "Bodenreformen", wo VEGer, die sich selbst mehr oder weniger aufgelöst hatten, von den Anwohnern verteilt und in Besitz genommen wurden); ab dem Wüten der Treuhand und vor allem nach dem Rohweddermord aber systematisch? War das "legal"? War es Raub, Annexion? Überführung in eine sinnvolle Wirtschafts- und Organisationsform? Oder eine "Revolution"? Und wer hat dafür gezeichnet? Ein Kleinkrimineller und ein Schwarzgeldschieber, beide stadtbekannt! "Revolution"! Ha ha.

Nicht einmal der politische Anschluß an die BRD war eine! Es handelte sich um den "Beitritt von 6 Ländern zum Geltungsbereich des Grundgesetzes" nach Art. 23 GG, wobei ich mich heute noch frage, ob der überhaupt wirklich überall völkerrechtlich legitimiert war (Gaben die eiligst aus dem Boden gestampften Landesverfassungen diese fristlose ad-hoc-Möglichkeit wirklich überall her?) oder nicht zumindest in Teilen bis heute schwebend unwirksam ist (und deshalb als Annexion zu bezeichnen). Eine "Revolution" findet jetzt, 30 Jahre nachher statt: In Orwellscher Begriffsverwirrung!

Für mich bleibt der friedliche Wandel ein historisch singuläres Ereignis, das wiederholen zu können, heute viele Nationen froh und stolz wären! Ich nenne es "Wende" – man mag andere Bezeichnungen vorziehen. Aber eine "Revolution" sähe doch wohl viel anders aus!

Auch, was den dafür erforderlichen Elitenwechsel angeht. Nun heißt es ja überall, angefangen bei Richard Schröder, der Osten hätte gar nicht genug demokratisch gesinntes Fachpersonal gehabt. Eine – wenn auch wohlmeinende (worüber noch zu streiten wäre) – Kolonisierung und femdländische Übernahme als "Revolution"? Ich frage mich ernsthaft, welche Lexikalität bei den heutigen Westideologen herrscht, die ihren Neoliberalismus in trockene Tücher bringen wollen. Für die ist "Revolution" ja sowas wie in Ägypten und auf dem Maidan, wo ausländische Agenten Aufkleber und Mützen verteilen, Unmut und Unruhe stiften, ein paarmal in die Menge feuern und am Ende nichts als Chaos verursachen. Man muß diese Farb- und Blumen-NATO-Beitrittsereignisse mal vergleichen mit Petrograd '17 oder Teheran '79 – DAS war "Revolution"!

"Revolution ist Praxis" (Lenin). OK, für Viele (beileibe nicht für alle, wahrscheinlich nichtmal eine Mehrheit) trifft das wohl auf 1989/90 zu. Aber Revolution hat auch immer etwas mit Aufbau zu tun. Nicht mit im-Stich-lassen, nicht mit Aufgeben, nicht mit Sterben oder den Gnadenschuß Versetzen. Ja, Richard Schröder mag recht haben mit seinem Urteil, am Ende habe das Gros der DDR-Bevölkerung nichts mehr mit ihrem kaum noch funktionierenden Land anfangen können. Das Diktum hieß damals (etwa gegen Oskar Lafontaine im Bundestagswahlkampf): Keiner braucht 2 deutsche Staaten. Aber man macht keine "Revolution", wenn man sich selbst abschaffen will. Nur, wenn man sich selbst zu gründen vorhat!

Untergang, Zusammenbruch, historisch vorgezeichnetes Schicksal, Erfüllung und Ausgang der "deutschen Frage" (für Manche auch "Verrat") – ich weiß es nicht. Aber "Revolution": NEIN, das ist es nicht gewesen.

Herzlichst,
Ihr Matthias Jehsert

2. Leserbrief

Als gastronomischer Mitarbeiter des Studentenklubs "Moritzbastei" neben dem Gewandhaus habe ich die sehr schnelle Slogan-Veränderung wahrgenommen. Die Stadtring-Demos lichteten sich im November 1989, es waren weit mehr Demonstranten mit Rechtsaußen-Layout und es gab nur noch die Rufe nach EINEM VOLK. Ich habe damals den Aufruf "Für unser Land" unterzeichnet - von dem man später nichts mehr hörte.

Die Bundesregierungs-Koalition brachte den Slogan "Keine Experimente" in den Wahlkampf, der diese im Osten später überwältigend siegen ließ.

Nachdem ich erkannte, dass diesem Trend nichts entgegenzusetzen war, habe ich mich bürgerbewegt verstärkt bei den Liberalen eingebracht.

Uwe Koid

3. Leserbrief

Gebäudepflegerin Elke Bobles fordert eine gerechte Entlohnung für ein „menschenwürdiges Leben“, wie sie sagt. Mit monatlich 1.200 Euro sei das nicht möglich.

„Leben kann man davon nicht. Man kann davon existieren, es ist immer noch mehr als die Grundsicherung. Aber unter einem würdevollen Leben stelle ich mir andere Löhne vor. Da stelle ich mir vor: Dass ich von dem Lohn, den ich mir hart erarbeite auch in den Urlaub fahren kann, dass ich mir eine Konzertkarte leisten kann, ohne dass ich dafür ein halbes Jahr drauf sparen muss.“

Liebe NDS-Redaktion,

glaubt man allen Ernstes, nur im Osten gäbe es diese Verhältnisse? Offensichtlich gibt es in Deutschland ein Opferwettbewerb (sowohl Minderheiten als auch Regionen) - um beachtet zu werden, muss man immer die Nase vorn haben, der Allerärmste zu sein. Als zweitärmster guckt man schon in die Röhre. ("Der Osten" vor dem Ruhrgebiet). Aber ganz sicher hat der "Malocher aussem Kohlenpott" den Osten nicht abgezockt. Ohne Zweifel hat es bei der Wiedervereinigung Ungerechtigkeiten gegeben. Diese aber wurden von der elitären "Upper Class" begangen. Der Deutschlandfunk versucht dies zu verschleiern, er benennt die Schuldigen nicht - stattdessen verbreitet er gequirrten Stuss (Der Westen hat blababla...). Seit dreißig Jahren hält eine elitäre Oberschicht die Mauern im Kopf (Ost/West) künstlich und in voller Absicht aufrecht. Es ist ihre Legitimation, sich immer wieder und wieder und

wieder kümmern zu müssen, damit sie sich selbst beglückwünschen und feiern können – aber je mehr sie sich kümmern, desto mehr verschlimmbessern sie die Lage.

VG Michael Wrazidlo

4. Leserbrief

Lieber Albrecht Müller,

zuerst einmal wieder ganz herzlichen Dank für Ihre unermüdliche Aufklärungsarbeit, insbesondere gerade mit Ihrem neuen Buch!

Natürlich sind einem „alten“ NachDenkSeiten-Leser die Beispiele und Argumente Ihres Buches bestens vertraut, aber die knappe Konzentration macht es zu einem idealen „Aufklärungsgeschenk“ für Freunde und Bekannte.

Deshalb wollte ich gleich am Mittag des 1.10. auch mindestens 1 Expl. beim Buchhändler meines Vertrauens (Dorotheenstädtische Buchhandlung in Berlin Moabit) erwerben und freute mich, als der alte Buchhändler sagte: „Ja, davon sind heute morgen schon einige Exemplare mitgekommen...“ Aber dann kam die – erfreuliche – Enttäuschung: „Ne, die sind alle schon wieder weg!“ – also musste ich noch einen Tag länger warten.

Als „Betroffener“ habe ich Ihr Kapitel zu „Wir sind das/ein Volk“ gleich als erstes aufgeschlagen und die Geschichte der Manipulation bestätigt gefunden, die m.W. vor einigen Jahren erstmals in der „jungen Welt“ dargestellt wurde. Zumindest war es das erste Mal, dass ich die lange vermuteten Hintergründe erfuhr. Denn zufällig war ich am Dienstagmorgen, nachdem der Spruch „Wir sind EIN Volk!“ erstmals aufgetaucht war, in Leipzig – und war schockiert, wie UNSERE friedliche Revolution da offensichtlich von nationalistischen Kräften „gekapert“ worden war: Sicherlich gab es auch ein paar DDR-Bürger, die so in Richtung „Wiedervereinigung“ (*) dachten – aber der generalstabsmäßige „Aufmarsch“ mit Stickern und Plakaten war denen keinesfalls zuzutrauen. Da musste eine westliche Propagandamaschinerie dahinter stecken – und dies hat sich ja inzwischen längst bestätigt. (Das wäre wohl in meiner persönlichen Erfahrungsgeschichte das erste Mal, wo sich der Spruch bewahrheitet hätte: „Eine Verschwörungstheorie ist eine Theorie, die umso wahrer wird, je länger es bis zu ihrer Bestätigung braucht.“ – der m.W. dem IT/Sicherheitsblogger Felix „FeFe“ von Leitner zugeschrieben wird.)

Eben habe ich mir auch die wegen der vielen historischen Fakten erstaunlich sehenswerte MDR-Sendung angesehen (man erwartet von den ÖR außerhalb der „Anstalt“ ja nicht mehr viel...) - und dabei sind mir zwei Aspekte wieder einmal unangenehm aufgestoßen:

1. Dass die Revolution friedlich verlaufen ist, wird zwar immer betont, ebenso, dass bzw. weil die Demonstranten friedlich gewesen seien. Natürlich, das ist auch eine unabdingbare Voraussetzung. Aber nicht die einzige. Denn schon ganz simpel strukturell betrachtet kann eine Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien (in diesem Fall: revoltierende Bürger gegen den Staat) per definitionem nicht friedlich verlaufen, wenn nicht BEIDE Seiten friedlich agieren. Und genau DAS ist der ehemaligen DDR-Führung eben auch hoch anzurechnen. Egon Krenz, von dem man halten kann, was man will (ich eher mehr, je größer der historische Abstand wird) hat in seinem jüngsten Buch über die Wendezeit (mit dem etwas unglücklichen Titel „Wir und die Russen“) berichtet, dass es sogar einen BEFEHL aus der höchsten Ebene der Staatsführung gab (zuerst unter Honecker, dann bestätigt und erweitert von Krenz selbst), KEINE Waffengewalt einzusetzen. DAS wird natürlich in der offiziellen Geschichtsschreibung bis heute gern verschwiegen. [Man vergleiche einmal die Zahlen schwer Verwundeter bei den Demonstrationen damals in der DDR (= oder nahe Null) mit derjenigen bei S21, in Barcelona oder bei den Gelbwesten! Aber es sind ja auch „unsere“ demokratisch gewählten Volksvertreter, die sich in einem Maße meinen sicherheitstechnisch vom Volk abschirmen zu müssen, wie es die „Diktatoren“ im Osten nie für nötig gehalten haben...!]

Aus meiner Kenntnis der „bewaffneten Organe“ heraus - ich war 1983-86 für 3 Jahre Matrose in der Volksmarine - würde ich aber auch zu behaupten wagen, dass ein gegenteiliger Befehl nicht befolgt worden wäre, sondern sogar zum Überlaufen der Soldaten und Polizisten zu den Demonstranten geführt hätte. [Ebenso bin ich überzeugt, dass keiner der Offiziere, mit denen ich zu tun hatte, sich jemals an einem befohlenen Angriffskrieg gegen ein anderes Land beteiligt hätte. Eher hätten sie Befehlsverweigerung begangen...] Weiterhin bin ich auch überzeugt, dass der „Nicht-Schießbefehl“ der DDR-Regierung nicht nur aus der Angst vor einem solchen „Umkippen“ der Situation in unkontrollierbare Gewalt oder „Fahnenflucht“ erklärt werden kann, also dem Davonlaufen ihrer „Machtinstrumente“, sondern daraus, dass sie selbst aufgrund ihrer eigenen Geschichte und Erfahrungen KEINE Gewalt gegen das Volk einzusetzen bzw. zu befehlen bereit gewesen wären: Mein Großvater kannte einige der später führenden SED-Spitzenpolitiker im Norden der DDR aus der Nachkriegs- und Aufbauzeit noch persönlich und war immer wieder erstaunt, wie wenig die über die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung informiert waren - weil

das System so eingerichtet war, dass immer nur „Positives“ nach oben gemeldet wurde, selbst innerhalb der Stasi. (Innerhalb des KGB war man da wohl „offener“, so dass ein Gorbatschow die Lage in der SU vermutlich ziemlich gut bzw. gut genug kannte, um die Notwendigkeit von Reformen, insbes. Glasnost und Perestroika, einzusehen und diese auch in der Führung durchzusetzen.) Nur so erklärt sich mir auch die Bereitwilligkeit der DDR-Führung, quasi „kampflos“ aufzugeben – eben nicht nur, weil die (militärische) Unterstützung des „großen Bruders“ ausgeblieben wäre (die man vermutlich auch gar nicht gewagt hätte, einzufordern – im Gegenteil: Krenz berichtet ausführlich, dass die Rote Armee auf dem Gebiet der DDR von der SED-Führung dringlichst gebeten wurde, selbst ein Manöver inkl. Truppenbewegungen in der Öffentlichkeit NICHT abzuhalten, um nicht einmal den Verdacht aufkommen zu lassen, man wäre bereit, militärische Gewalt einzusetzen ... man vergleiche das mit den Truppenaufmärschen der NATO heute, die sich nicht einmal den Hauch einer Mühe geben, den Eindruck zu vermeiden, dass dies Vorbereitung zum Krieg gegen Russland sind...), sondern auch, weil man immer noch meinte, doch nur alles zum Besten des Volkes selbst zu tun: Und nun erwies sich dieses plötzlich als „undankbar“ und wollte Westgeld und Westreisen. So muss sich das aus Sicht der „alten Garde“ um Honecker angefühlt haben, denke ich. Und sie hätten deshalb wohl auch „unterschrieben“, was der letzte sächsische König gesagt haben soll, als 1918 die Revolutionäre zu ihm ins Schloss vorgedrungen waren: „Dann macht doch Euern Kram alleene!“ ;-)

Jedenfalls ist es doch bemerkenswert, dass – wie in der MDR-Doku auch kurz von Kowalczyk bemerkt wurde – eine winzige Minderheit der DDR-Bevölkerung reichte, den Staat zum Einknicken zu bewegen: Zählt man alle Schätzungen über Demonstranten zusammen (Dresden max. ca. 200.000, Leipzig ebenso, Berlin vielleicht 500.000) kommt man beim allerbesten Willen auf nicht mehr als 1 Mio., eher wohl nur die Hälfte, weil bspw. die Teilnehmer der Künstler-Kundgebung in Berlin wohl noch nicht alle als „Revolutionäre“ zu bezeichnen, sondern aus Neugier dort gewesen sein dürften... D.h., bei etwas über 16 Mio. Einwohnern, das max. 6,25, eher aber nur 3-4% der Bevölkerung wirklich an den Demonstrationen teilnahmen. (In meiner Heimatstadt Rostock war gar nix los – in Mecklenburg passiert ja laut Bismarck ohnehin alles 50 Jahre später... –, so dass dort die Parteiführung zum Runden Tisch einladen musste (!!); und erst, als klar war, dass der Prozess unumkehrbar war, kam auch ein gewisser Jugendpfarrer aus der Deckung und gerierte sich als „Bürgerrechtler“, als es längst nichts mehr zu kämpfen gab: Sein Name war Gauck...)

2. Die Rolle Dresdens, wo ich damals lebte, scheint mir auch in allen Dokumentationen

und Berichten zum historischen Geschehen damals massiv unterbelichtet zu sein: Als am Abend des 30. 9. die ersten Züge mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag durch Dresden rollten, hatte sich dort am Hauptbahnhof eine riesige Menschenmenge versammelt, die sich z.T. gewaltsam (!) Zugang zu den Gleisen verschaffen wollte, daran aber von der Polizei gehindert wurde. Am nächsten Morgen ging in der Stadt das Gerücht um, dabei sei ein Mensch zu Tode gekommen. DAS hat dann am folgenden Abend zu einer Massendemonstration auf der Prager Straße, also unweit des Hbf, geführt, wo Aufklärung verlangt wurde und die von Polizei, Armee und Kampfgruppen dann quasi „eingekesselt“ wurde, bei der aber alles friedlich blieb. Es war dann spätestens am nächsten Abend, dem 2.10. (wenn nicht doch schon am 1.), dass der damalige Bezirkssekretär der SED, Modrow, zu den Demonstranten kam, um mit ihnen zu verhandeln. Als Sprecher wurde spontan quasi auf Zuruf eine „Gruppe der 20“ gebildet, die auch die folgenden Demos und Versammlungen organisierte bzw. eher koordinierte, leitete und dort – bspw. in und vor der Kreuzkirche, z.T. wegen der Menschenmassen „in zwei Schichten“ – von den laufenden Ereignissen in Berlin und vor allem Leipzig berichtete, als die DDR-Medien das Ganz noch totschwiegen (und West-TV gab's in Dresden ja nicht...). Deshalb erfolgte die „Nachrichtenübermittlung“ tatsächlich durch Leute, die extra nach Leipzig gefahren waren, am selben Abend noch zurück nach Dresden und dort den Massen berichteten, was inzwischen in Leipzig geschehen war – z.B., dass (auch) dort ALLE friedlich geblieben waren.

D.h., obwohl es in Leipzig schon länger (wieder, nach der Sommerpause ab Anfang Sept.) die Friedensgebete und daraus hervorgehend die „Montagsdemos“ gab, waren diese noch lange nicht groß genug, um die „Staatsmacht“ oder gar einen ihrer führenden Vertreter dort zu einer Reaktion zu bewegen. In Dresden aber schon. Modrow wurde im Osten ja als derjenige aus der obersten Parteiebene angesehen, dem am ehesten zuzutrauen war, auch in der DDR eine „Perestroika“ und „Glasnost“ voran zu bringen – sicherlich der Hauptgrund, weshalb er von seinen Kollegen „ausgekrenzt“ wurde

Aber, wie gesagt: die erste Massendemonstration (20-50.000 Leute), bei der eine potentiell gewaltsame Konfrontation zwischen bewaffneten Organen durch die Teilnehmer UND einen führenden Vertreter der SED vermieden wurde und Verhandlungen begannen, die später als „Runder Tisch“ Geschichte machten, fand m.E. erstmals am 2. oder 3.10. in Dresden statt und statuierte damit auch ein Exempel für den Rest der Republik: Es geht friedlich und mit Gesprächen – und eigentlich NUR so. Und allein die Größe und Bedeutung Dresdens sowohl als Industriezentrum mit einer mächtigen Arbeiterschaft als auch die – trotz aller Gegenströmungen in der SED-

Führung - wichtige Rolle Modrows in der SED und seine Beliebtheit waren m.E. ausschlaggebend dafür, dass die Demonstrationen in Dresden und dann auch andernorts friedfertig verliefen UND die Staatsmacht / SED zu Gesprächen bereit war. M.W. begannen aber entsprechende Gespräche in Leipzig erst 1-2 Wochen später = bei der Geschwindigkeit der Ereignisse damals eine Ewigkeit ...

Dass in Leipzig Panzer in den Seitenstraßen des „Rings“ aufgefahren sein sollen, um ggf. die Demonstranten „niederzukartätschen“, ist eine der widerlichen Propaganda-Lügen, mit denen die DDR-Führung weiterhin dämonisiert wird... ich habe es gerade neulich erst wieder irgendwo gehört und dachte: „Das darf doch wohl nicht wahr sein! Offene Lügen!!“

Wir können uns ja einmal fragen, ob sich irgendeine Bundesregierung auch nur zu einer klitzekleinen Änderung ihrer Politik im Dienste der obersten 0,001% bewegen lassen würden, wenn wieder 3-5% der Bürger auf die Straße gingen...? (Vielleicht lieber nicht: die Antwort könnte einige Bürgerinnen und Bürger verunsichern... ;-)) Ich bin nämlich überzeugt, dass dies nicht der Fall wäre, und dass, wenn es noch mehr Bürger wären (z.B. 10%), die Regierenden umstandslos zur Waffengewalt greifen würden. Die SPD hat das vor 100 Jahren ja schon einmal „durchgezogen“, nach den Verantwortlichen sind im heutigen Regierungsviertel immer noch Straßen benannt ... eine Schande sonder gleichen! Aber empathielose Machtroboter wie „Mutti“ Merkel, Schäuble, Scholz oder selbst die Grünen-Spitze wären doch zweifellos bereit, zum Schutz IHRER „(nicht)repräsentativen Demokratie“ ALLES zu riskieren und „ein paar“ Menschenleben „in Kauf zu nehmen“, oder? Wer glaubt, dass diesen Leuten einerseits das Leben irgendwelcher Serben, Afghanen oder sonstiger egal sein können, das ihrer „Landleute“ dagegen aber heilig, der glaubt sicher auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten ... Die überall hinter den aktuellen Entwicklungen spürbar Verachtung der Herrschenden und ihrer Marionetten ist vom Waffeneinsatz m.E. nur graduell, aber nicht grundsätzlich verschieden ...

Herzliche Grüße
Ihr Bernd Kulawik

* PS: Ich hatte seit Anfang der 70er Jahre aufmerksam das „Westfernsehen“ verfolgt und einen Großvater in Oldenburg, der regelmäßig zu Besuch kam und sich im Laufe seines Lebens vom Kommunisten zum Franz-Josef-Strauß-Anhänger (! - unfassbar, nicht?) gewandelt hatte: Mir war seitdem klar, dass ich mit DIESEM Westen NICHT „wiedervereinigt“ werden wollte. Ich sagte damals immer in entsprechenden Diskussionen (und wiederhole das heute gern): „Ich lebe lieber in einem Land, in dem die Leute das Sagen haben, die wegen ihres Kampfes GEGEN die Nazis im Gefängnis saßen, diesen aus

dem Ausland betrieben und deren Genossen und Freunde dafür ihr Leben geopfert haben, als in einem Land, in dem diejenigen an der Regierung sind, die damals auf der Seite der Mächtigen standen und die Antifaschisten nach 1945 weiter verfolgten!“

Auch die damals noch erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen von über 1 Mio. (! – lächerlich, aus heutiger Sicht, oder?), das offensichtlich geduldete, wenn nicht gar geförderte Aufkommen der Neonazis und die eigentlich leicht zu durchschauende „Schaufensterfunktion“ der BRD** waren für mich Grund genug, eine Flucht oder Ausreise nicht einmal in Erwägung zu ziehen. Nein, wenn es etwas zu verändern gab, dann wollte ich das in meiner Heimat tun – und gerade die beginnende Perestroika und Glasnost in der SU gaben Hoffnung, dass man das auch „bei uns drüben“ schaffen könnte... Naja, die Ökonomie ist eben immer letztlich stärker als jegliche Ideologie (vor allem, wenn ökonomisch Mächtige „etwas“ nachhelfen – Stichwort Treuhand), was ausgerechnet jeder, der Marx lesen musste und verstanden hat, eigentlich rechtzeitig hätte einsehen können.

** Nur im „Tal der Ahnungslosen“ (wo es ja prozentual auch die meisten Ausreiseanträge gab!) oder im – aus sozialistischer Rest-DDR-Perspektive – „übersättigten“ und „verwöhnten“ Berlin konnten die Leute ernsthaft glauben, dass im Westen alles Gold war, was da durch die TV-Mattscheibe glänzte: Die auch im Westfernsehen regelmäßig berichtete Armut nicht nur in den Randgebieten (Süditalien, Südspanien, Portugal, Griechenland), sondern auch bspw. in den Arbeiterbezirken Großbritanniens konnte man doch eigentlich kaum übersehen – und NICHT wahrnehmen, dass es den meisten Leuten dort offensichtlich schlechter ging als uns in der DDR, das Lebensniveau also eigentlich mit dem Rumäniens u.ä. vergleichbar war. Vor allem aber: Dass das eben auch für die „Elendsquartiere“ selbst in der reichen Bundesrepublik galt...

5. Leserbrief

Und aktuell können wir erleben, wie aus „Wir sind das Volk!“ über „Wir sind ein Volk!“ nun aus Enttäuschung und Protest gegen Verlauf und Folgen des Vereinigungsprozesses erst in den Wahlkabinen und dann in den Parlamenten immer mehr ein „Wir sind völkisch!“ wird! Hüben wie drüben!

Schaurig!

Mit herzlichen Grüßen
Dietrich Brauer

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden Emailadressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.